

**Zum Kommentar „Es gibt noch eine Chance“ vom 14. Februar und zur Ukraine-Berichterstattung:**

### Finnlandisierung

Aus Putins Ausspruch, „der Zusammenbruch der Sowjetunion ist die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“, abzuleiten, dass es Putins Traum sei, „die alte Sowjetunion wieder aufleben zu lassen“, ist naiv. Putin weiß, dass die imperialen Zeiten der Herrschaft von „Wladiwostok bis zur Elbe“ nicht wiederkehren. SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich hat zur Krise mit Realitätsinn und Objektivität festgestellt: „Man muss offensichtlich anerkennen, dass auch Russland berechnete Sicherheitsinteressen hat.“ Diese seien beeinträchtigt worden durch große Fehler der US-Regierung unter George W. Bush. Mützenich nannte die „Invasion im Irak“ und den „Wegfall von Rüstungsabkommen“.

Russlands Kernforderung ist die Zusage des Westens, dass die Ukraine kein Mitglied der Nato wird. Diese Forderung fußt auf der „Charta für die Europäische Sicherheit“, die 1999 von der OSZE beschlossen wurde. Hier findet sich zwar der Grundsatz, dass „jeder Staat seine Bündnisse frei wählen“ dürfe, aber auch die Einschränkung, dass „kein Staat seine Sicherheit auf Kosten anderer vergrößern“ dürfe.

Einen friedlichen Ausweg aus der Krise, bei dem beide Seiten ihr Gesicht wahren können, dürfte deshalb die „Finnlandisierung der Ukraine“ bieten: Die Nato-Staaten erklären, die Ukraine nicht in die Nato aufzunehmen, wenn Russland seinerseits den staatlichen Bestand der Ukraine garantiert.

ALFRED NAHRMANN, BREMEN

### Ist das Deeskalation?

Mit Blick auf die Ukraine frage ich mich, was unsere westlichen Politiker eigentlich unter Deeskalation verstehen. Täglich warnen sie vor den bösen Absichten Russlands und drohen harte Sanktionen an. Frank-Walter Steinmeier bezeichnet Putin als Aggressor, Botschaftspersonal wird zurückgerufen, Großbritannien und die USA liefern Waffen an die Ukraine, die USA verlegen Truppen nach Rumänien und Polen.

Deutschland stellt zwar keine Waffen, aber Geld zur Verfügung und versichert der Ukraine, ihr gegen Russland beizustehen. Die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 wird zur Disposition gestellt. Die US-Expertin für Russland, Angela Stent, befindet, ein Verzicht auf eine künftige Erweiterung der Nato sei für den Westen wirklich nicht verhandelbar.

Was nützt alles Reden von Deeskalation, wenn die Maßnahmen eine andere Sprache sprechen? Mit Abschreckung wird man schwerlich Vertrauen aufbauen. Wo bleiben positive Angebote an Russland anstelle von Drohgebärden? Mit der Haltung „Erst müssen die Russen abrücken“ werden wir dem Frieden nicht näherkommen. Gustav Heinemann sagte einst: „Von einer anklagend ausgestreckten Hand weisen immer drei Finger auf uns zurück.“ Ich denke, das gilt auch in der Ukraine-Krise.

KÄTE KOCH, BREMEN

### An einem Strang ziehen

Teile der Menschheit haben aus der Vergangenheit nichts gelernt. Nach langen Zeiten der Entspannung lässt ein machteiler Präsident seine Muskeln spielen. Einflussgebiete sollen vergrößert, ein freierlicher Staat zurückgeholt, Andersdenkende mundtot gemacht werden. Eine Eskalationsstufe nach der anderen wird überschritten. Diplomatische Initiativen verpuffen – stattdessen wird aktuell Botschaftspersonal zurückgerufen. Expertinnen und Experten rechnen innerhalb von zwei Wochen mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine. Dabei haben wir auf diesem Erdenball wesentlich Wichtigeres, das es zu lösen gilt. Der Klimawechsel, die Pandemie, Umweltverschmutzung, Hungersnöte oder der Umgang mit Flüchtlingen sind nur ein Teil dieser Probleme. Um hier weiterzukommen, haben wir gemeinsam an einem Strang zu ziehen! Es gibt keine Alternative. Sinnloses Bekriegen bringt uns keinen Millimeter weiter!

ACHIM BOTHMANN, HANNOVER

**Zum Standpunkt „Gestritten wird auch mit zweifelhaften Argumenten“ vom 5. Februar:**

### Zu viele offene Fragen

Herablassende Kommentare hat die Arbeit der Bürgerinitiative (BI) nicht verdient! Es ist nun wirklich nicht so, dass die bremischen Behörden bisher alles richtig gemacht hätten. Erst nachdem die BI und das Bremer Friedensforum mit Presseerklärungen, Petitionen und so weiter diese finstere Vergangenheit des Areal „Reitbrake“ ans Licht der Öffentlichkeit gebracht hatten, entschloss sich die Chefin der Bremer Landesarchäologie, Ausgrabungen vorzunehmen. Dass dann immer mehr gefunden wurde, war eine Sensation. Auch wenn der Milliardenauftrag für die Bahnwerkstatt eine große Verlockung darstellt – die bremischen Behörden, die pla-



Für eine friedliche Lösung der Ukraine-Krise haben auch Bremerinnen und Bremer Flagge gezeigt, wie am 9. Februar auf dem Marktplatz. In ihren Briefen an die Redaktion äußern sich unter anderem Käte Koch, Alfred Nahrmann, Andreas Reimer und Achim Bothmann zu dem Konflikt.

FOTO: CHRISTINA KUHAUPT

nende Landesnahverkehrsgesellschaft LNVG in Hannover und vor allem die Firma Alstom müssen endlich zur Kenntnis nehmen, dass die Planungen so einfach nicht weiterlaufen können. Wie es am Schluss des Kommentars richtig heißt, war es „mindestens ungeschickt“ oder ein „voreiliger Alleingang“ von Bürgermeister Andreas Bovenschulte, schon die Errichtung einer Gedenkstätte auf dem Osterholzer Friedhof anzukündigen. Wie auf der letzten öffentlichen Zoom-Veranstaltung, organisiert am 2. Februar vom Referat 31 (Hafenwirtschaft und -infrastruktur), deutlich wurde, sind noch zu viele Fragen ungeklärt, als dass mit dem Verfahren zur Planfeststellung demnächst begonnen werden könnte.

SÖNKE HUNDT, BREMEN

### Behörden folgen Alstom

Die Bürgerinitiative setzt sich für die Belange der Oslebshäuserinnen und Oslebshäuser ein. Viel Freizeit und Mühe wurde aufgewandt, um die Probleme, die mit der Ansiedlung der Bahnwerkstatt einhergehen, aufzuarbeiten. Eigentlich eine Aufgabe, die die Verwaltung zu erledigen hätte. Tatsächlich verlässt sich diese allerdings ausschließlich auf die Einschätzung des Unternehmens Alstom.

Im Zuge dieser Arbeit musste man zwangsläufig auch zur Geschichte des Areals kommen. Dass sich hierbei diese Missstände auftraten, konnte nicht erwartet werden. Aber hätte man hier aufhören sollen, nur damit man sich nicht der „Instrumentalisierung“ von Kriegsverbrechen bezichtigen lassen muss? Hätte man Alstom einfach den Friedhof überbauen lassen sollen? Ziemlich es sich nicht, die Frage nach den jüdischen Rotarmisten zu stellen? RUTH VOGELANG, BREMEN

### Nicht hanebüchen

Wird historisches Geschehen instrumentalisiert, um die geplante Bahnwerkstatt zu verhindern? Das denke ich nicht. Es gibt in dem Prozess der Aufklärung von Hintergründen zwei Informationslinien. Die eine ist die der Aufarbeitung der Hintergründe, warum der Senat das Gebiet an der Reitbrake anderen Alternativen vorgezogen hat, obwohl seine Entscheidung die größtmögliche Belastung für die Anwohner bedeutet. Die andere ist die Aufarbeitung der Historie des Grundstückes selbst, als Massengrab für Zwangsarbeiter, Russen, Ukrainer und andere Personengruppen. Ich finde es durchaus angemessen, sowohl Empörung über die Vorgehensweise des Senats auszudrücken, als auch Pietät für die Ermordeten zu empfinden.

Was nun die „hanebüchene“ Argumentation angeht, finde ich die Frage nach den jüdischen Rotarmisten naheliegend. Warum wurde sie denn bisher nicht geklärt? Leicht hätte man anhand der vom Bremer Friedensforum recherchierten Personalkarten einen Abgleich über die Geburtsorte machen können. Der Anteil der jüdischen Bevölkerung in den Orten ist gut dokumentiert, und Wahrscheinlichkeiten wären ableitbar. In einer vertieften Recherche in Zusammenarbeit mit historischen Instituten der Ukraine lässt sich vermutlich feststellen, ob eine Person als jüdisch galt. „Hanebüchen“ ist jedenfalls daran

ULRICH UFFELMANN, BREMEN

### Kriegsgräberstätte

Da irrt der Kommentator. Eine Kriegsgräberstätte entsteht eben nicht erst, wenn man sich darauf verständigt hat. Es sei jedem angeraten, sich die Rechtsgutachten aus dem Hause von Professor Heinsch und Professor Marauhn auf der Website des Bremer Friedensforums einmal genau durchzusehen. Die Definition eines Kriegsgrabes ist im offiziellen Kommentar zu den Genfer Konventionen enthalten.

Demnach ist ein Grab „ein in den Boden gegrabenes Loch zur Aufnahme eines Sarges oder einer Leiche“. Eine Grabstätte gilt auch dann als Grab, wenn nur ein Teil der Leiche darin liegt oder wenn die Leiche zuvor eingäschert wurde. Im Kommentar heißt es ausdrücklich, dass auch ein Denkmal, das die Gebeine eines Verstorbenen enthält, als Grab gilt. Ebenso verhält es sich, wenn der Leichnam eines Kriegstoten bereits vollständig verwest ist. Der besondere Status von Kriegsgräbern wird auch daran deutlich, dass Umbettungen nur „im zwingenden öffentlichen Interesse“ und unter Einbeziehung des jeweiligen Heimatstaates des Kriegsoffiziers zulässig sind.

Das zwingende öffentliche Interesse ist mehr als fraglich. Schließlich plant hier ein Privatunternehmen und nicht der Staat eine Bahnwerkstatt, für die es Alternativen gibt.

EVA BÖLLER, BREMEN

### Kein würdiges Gedenken

Soweit ich die Debatte um die Zukunft des Geländes verfolgt habe, könnte man auch sagen, dass die bremische Politik hier mit zweifelhaften Argumenten agiert. In den Jahrzehnten nach 1945 ist der Umgang mit dem Gelände wenig von Achtung geprägt gewesen.

Alle paar Jahre war der „Russenfriedhof“ medial wieder Thema, ohne dass es vonseiten der Politik ernsthafte Bemühungen um einen würdevollen Umgang gab. Bürgermeister Bovenschulte fordert ein würdiges Gedenken auf dem Osterholzer Friedhof. Dort findet sich derzeit folgende Situation: Auf dem Hinweisschild zu dem Graberfeld, auf dem Opfer aus der Sowjetunion und aus anderen Ländern beigesetzt sind, steht „N.N. Ausländer“.

Die Grabplatten sind vermoost, sodass man die Namen und Daten der hier Bestatteten nicht mehr lesen kann, zum Teil sind sie von Gras überwuchert. Es ist nicht zu übersehen, dass man hier „Gras über die Ge-

schichte wachsen“ ließ. Ein würdevolles Gedenken wird von der Politik erst gefordert, seitdem der „Russenfriedhof“ einem lukrativen Geschäft im Wege steht.

BARBARA HELLER, BREMEN

**Zum Artikel „Entscheidung über Mahnmahl-Baustart“ vom 30. Januar:**

### Denkmäler nur für Positives

In Bremen gibt es viele Denk- und Mahnmale, die an Antisemitismus, Deportation, Faschismus, Rassismus und Zwangsarbeit erinnern. Allein etwa 700 Stolpersteine, mit denen der Opfer der NS-Gewaltherrschaft gedacht wird. Nun soll ein neues Mahnmahl hinzukommen, das gegenüber von „Kühne + Nagel“ in einer Treppennische an der Tiefen entstehen soll. Es befasst sich mit dem Raub jüdischen Eigentum während des Nationalsozialismus, womit unter anderem auch „Kühne + Nagel“ in Verbindung gebracht wird. Das Objekt soll knapp 500.000 Euro kosten, später wahrscheinlich das Doppelte.

Es wird ein großes und spezielles Kunstwerk, dessen Sinn nicht sofort auszumachen ist. Schattierungen sollen die gestohlenen Habseligkeiten der Juden symbolisieren. Wieder ein Denkmal, das schon sehr bald Opfer von Vandalismus sein wird und in Vergessenheit gerät, so wie viele ähnliche Mahnmale. Wer kann diese Geldverschwendung stoppen? Wahrscheinlich niemand, denn in puncto Verschwendung von Steuergeldern ist Bremen seit eh und je Spitze. Wenn schon ein Denkmal, dann wenigstens zu einem positiven Ereignis. Wenn es das nicht gibt, dann kein Denkmal. DIETER DE BEEK, BREMEN

**Zum Artikel „Senat beschließt neue Regeln“ vom 2. Februar über die Aufhebung der Quarantänepflicht für Kita-Kinder:**

### Arbeit ohne Abstand

Ich arbeite als Erzieherin in unterschiedlichen Kitas und habe daher Austausch mit vielen Kolleginnen und Kollegen. In vielen Häusern fehlen zurzeit Erzieherinnen und Erzieher – nicht ein oder zwei, sondern oft fünf oder mehr, weil sie an Covid erkrankt sind. Dazu kommen noch die ganz normalen Ausfälle. Wir gehören zu einer der Berufsgruppen, die die höchste Infektionsrate zu

erleiden hat. Kinder – wie generell Ungeimpfte – sind viel häufiger Zwischenträger von Covid als zweifach Geimpfte und Geboosterte, zumal Kinder auch keine Masken tragen.

Hinzu kommt, dass wir bei unserer Arbeit keinen Abstand halten können. Diese Informationen stehen auch dem Senat zur Verfügung, warum werden sie negiert? Wenn Kinder nicht zur Kita können, können ihre Eltern nicht zur Arbeit. Dann bricht das ganze System zusammen. Das wissen wir. Darum haben wir auch so lange, ohne zu klagen, unsere Arbeit getan, trotz der Ängste, uns und unsere Liebsten anzustecken und womöglich Long Covid zu bekommen.

Ja, ich kenne einige Kolleginnen und Kollegen, die unter Long Covid leiden und auf der Intensivstation waren. Dass viele Kinder die Kita für ihre seelische und körperliche Entwicklung brauchen, steht außer Frage. Aber es bringt ihnen gar nichts, wenn ihre Gruppen noch länger geschlossen werden müssen, weil sich noch mehr Erzieherinnen und Erzieher anstecken. Mal ganz abgesehen davon, dass sich unter diesen Bedingungen auch kein neues Personal anwerben lassen wird.

SILKE ROSTOCK-FLEISSNER, BREMEN

**Zu „Rinkes Rauten“ vom 13. Februar und zum Leserbrief „Wortbrüche des Westens“ vom 16. Februar:**

### Ich habe es genossen

Es ist ja nichts Neues, dass Putins Russland und die westliche Hemisphäre um die Europäische Union und Nato grundsätzlich verschiedener Ansicht sind, was den Umgang miteinander angeht. Umso mehr habe ich es genossen, „Rinkes Rauten“ zu lesen, in denen Moritz Rinke diese Diskrepanzen in launigster Weise verarbeitet hat.

Ich kann nicht nachvollziehen, wie im Leserbrief behauptet wird, dass Moritz Rinke sich von westlicher Propaganda hat leiten lassen. Ich empfinde sogar, dass er in humoriger Weise ein möglicherweise realistisches Bild der Gespräche zwischen Putin und Macron beziehungsweise Scholz gezeichnet hat. Genau wie die Nato hat auch Putin seine Verteidigungslinien gefestigt und benimmt sich mit Manövern in der Ostsee wie die Axt im Walde.

Im Übrigen lässt kaum ein anderes angeblich renommiertes Land so offensichtlich sogenannte Staatsfeinde in fremden Ländern entsorgen wie Russland. Dazu gehören Giftmorde in England, Erschießungen in Berlin – und nicht zuletzt der Umgang mit Alexej Nawalny. Wie viel Angst muss ein Staat oder ein Staatsmann davor haben, dass ihm seine Autorität abhandenkommt?

ANDREAS REIMER, BREMEN

### REDAKTION LESERMEINUNG

Anschrift: Bremer Tageszeitungen AG  
Lesermeinung • 28189 Bremen  
Mail: [lesermeinung@weser-kurier.de](mailto:lesermeinung@weser-kurier.de)

Leserbriefe sind keine Meinungsäußerung der Redaktion. Die Redaktion behält sich Auswahl und Kürzungen vor. Anonyme Briefe werden nicht veröffentlicht. Postadresse und Telefonnummer nicht vergessen, auch bei E-Mails.

An der Reitbrake sind bei archäologischen Grabungen menschliche Überreste von sowjetischen Gefangenen aus der NS-Zeit entdeckt worden. Der Streitpunkt: Ist das Areal damit eine Kriegsgräberstätte?

FOTO: KOCH

